

1959	Ausgegeben zu Bonn am 29. Dezember 1959	Nr. 54
------	---	--------

Tag	Inhalt:	Seite
18. 12. 59	Elfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Untersuchung der Rheinschiffe und -flöße und über die Beförderung brennbarer Flüssigkeiten auf Binnenwasserstraßen ...	1509
18. 12. 59	Vierte Verordnung zur Übertragung von Befugnissen auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt ..	1510
18. 12. 59	Verordnung über die Farbe der Lichter auf Fahrzeugen, die auf Bundeswasserstraßen bestimmte gefährliche Stoffe befördern .....	1510
22. 12. 59	Gesetz zur Änderung und Ausführung des Gesetzes über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Konvention vom 5. April 1946 der Internationalen Überfischungskonferenz	1511
18. 12. 59	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesregierung der Republik Österreich zur weiteren Vereinfachung des rechtlichen Verkehrs nach dem Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 .....	1523
23. 12. 59	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Belgischen Regierung zur weiteren Vereinfachung des Rechtsverkehrs nach dem Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 über den Zivilprozeß .....	1524

**Elfte Verordnung zur Änderung  
der Verordnung über die Untersuchung der Rheinschiffe und -flöße  
und über die Beförderung brennbarer Flüssigkeiten auf Binnenwasserstraßen.**

Vom 18. Dezember 1959.

Auf Grund des § 3 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317) wird verordnet:

§ 1

Die Untersuchungsordnung für Rheinschiffe und -flöße — Anlage 1 der Verordnung über die Untersuchung der Rheinschiffe und -flöße und über die Beförderung brennbarer Flüssigkeiten auf Binnenwasserstraßen vom 30. April 1950 (Bundesgesetzbl. S. 371), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 3. März 1959 (Bundesgesetzbl. II S. 174) — wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 26 a Ziff. 5 wird der zweite Satz gestrichen. Am Ende des ersten Satzes wird ein Strichpunkt gesetzt und folgender Satzteil angefügt:  
„d) in den Maschinenräumen“.
2. In der Anlage G wird nach Ziffer 15 folgende Ziffer 16 eingefügt:  
„Verbrauchsgeräte  
16. Alle Verbrauchsgeräte müssen mit den notwendigen Einrichtungen versehen sein,

um das Ausströmen von Gas im Falle des Erlöschens der Flamme der Geräte zu verhindern.

Geräte, die vor dem 1. Januar 1962 eingebaut worden sind und nicht zu Beleuchtungszwecken auf Fahrzeugen mit eigener Triebkraft dienen, brauchen dieser Bestimmung erst von der ersten nach dem 1. Januar 1962 vorgenommenen Erneuerung des Vermerks nach Artikel 26 a Ziff. 4 an zu entsprechen.“

Die bisherige Ziffer 16 wird Ziffer 17.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 11 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1960 in Kraft.

Bonn, den 18. Dezember 1959.

Der Bundesminister für Verkehr  
Seeböhm

**Vierte Verordnung  
zur Übertragung von Befugnissen auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt.**

Vom 18. Dezember 1959.

Auf Grund des § 3 Abs. 3 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317) wird verordnet:

§ 1

(1) Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hannover wird ermächtigt, zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf dem Edersee und dem Diemelsee Rechtsverordnungen zu erlassen über

1. das Verhalten im Verkehr,
2. die Anforderungen an den Bau, die Ausrüstung, die Bemannung und den Betrieb sowie über die Kennzeichnung der Fahrzeuge von weniger als 15 t Wasserverdrängung, ausgenommen Fahrgastschiffe, Fähren und schwimmende Geräte,
3. die Anforderungen an die Befähigung und Eignung von Schiffsführern und -mannschaften sowie von Fährleuten,
4. die Gebühren für behördlich oder amtlich angeordnete Maßnahmen zur Durchführung

der nach den Nummern 1 bis 3 erlassenen Verordnungen; sie bedarf hierzu der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

Die Verordnungen nach den Nummern 2 und 3 können das Verfahren festlegen, in dem der Nachweis für die Erfüllung der Anforderungen zu erbringen ist.

(2) Die Ermächtigung nach Absatz 1 erstreckt sich nicht auf den Erlaß von Vorschriften, die überwachungsbedürftige Anlagen im Sinne des § 24 der Gewerbeordnung zum Gegenstand haben.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 11 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1960 in Kraft.

Bonn, den 18. Dezember 1959.

Der Bundesminister für Verkehr  
Seeböhm

**Verordnung über die Farbe der Lichter  
auf Fahrzeugen, die auf Bundeswasserstraßen  
bestimmte gefährliche Stoffe befördern.**

Vom 18. Dezember 1959.

Auf Grund des § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317) wird verordnet:

§ 1

Diese Verordnung gilt auf den Bundeswasserstraßen im Geltungsbereich der Binnenschifffahrtsstraßen-Ordnung vom 19. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. II S. 1135) und der Rheinschifffahrtspolizeiverordnung vom 24. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. II S. 1412).

§ 2

An Stelle von hellvioletten Lichtern, die nach den schifffahrtspolizeilichen Vorschriften bei Nacht oder unsichtigem Wetter von

1. Tankschiffen, die brennbare Flüssigkeiten befördern,

2. Fahrzeugen, die für die Beförderung brennbarer Flüssigkeiten als Stückgut besonders gebaut und eingerichtet sind,

3. Tankschiffen, die verflüssigtes oder unter Druck gelöstes Ammoniakgas befördern und

4. Fahrzeugen, die Explosivstoffe befördern,

geführt werden müssen, dürfen blaue Lichter gesetzt werden.

§ 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 11 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt auch im Land Berlin.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1960 in Kraft.

Bonn, den 18. Dezember 1959.

Der Bundesminister für Verkehr  
Seeböhm

**Gesetz zur Änderung und Ausführung des Gesetzes  
über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland  
zur Konvention vom 5. April 1946 der Internationalen Überfischungskonferenz.**

Vom 22. Dezember 1959.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Den Änderungen und Ergänzungen der Artikel 5, 6, 8, 9 und des Anhangs I sowie der Neueinfügung eines Anhangs III der Konvention vom 5. April 1946 der Internationalen Überfischungskonferenz, die von den Vertragsstaaten einstimmig angenommen worden sind, wird zugestimmt. Die als Anlage zur Schlußakte mit dem Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Konvention vom 5. April 1946 der Internationalen Überfischungskonferenz vom 28. April 1954 (Bundesgesetzbl. II S. 469) veröffentlichte Konvention gilt in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung.

(2) Die Befugnisse des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nach Artikel 2 Abs. 3 des Gesetzes über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Konvention vom 5. April 1946 der Internationalen Überfischungskonferenz vom 28. April 1954 (Bundesgesetzbl. II S. 469) in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Konvention vom 5. April 1946 der Internationalen Überfischungskonferenz vom 13. Juni 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 697) bleiben unberührt.

Artikel 2

(1) Alle Fischereifahrzeuge, die in einem der in der Bundesrepublik geführten Schiffs- oder Fischereiregister registriert sind, unterliegen der Kontrolle nach Maßgabe der Absätze 2 bis 4.

(2) Die Eigentümer oder Führer der Fischereifahrzeuge sind verpflichtet,

1. ihre Fahrzeuge auf Verlangen der mit der Kontrolle beauftragten Personen anzuhalten,
2. den mit der Kontrolle beauftragten Personen Zutritt und Einsicht in Räume und Behältnisse zu gewähren, die der Aufbewahrung von Netzen und Fischen sowie von Logbüchern und Schiffspapieren dienen,
3. Einsicht in Logbücher und sonstige Schiffspapiere zu gewähren sowie
4. Auskünfte darüber zu erteilen, welche Gewässer sie zum Fang aufzusuchen beabsichtigen oder aufgesucht haben und auf welche Art von Fischen sich der Fang erstrecken soll oder erstreckt hat.

(3) Die Eigentümer und Führer der Fischereifahrzeuge, die das Konventionsgebiet zum Fang aufzusuchen beabsichtigen, sich im Konventionsgebiet befinden oder aus dem Konventionsgebiet kommen, sind verpflichtet, den mit der Kontrolle beauftragten Personen zu gestatten,

1. die Netze, soweit es sich nicht um Netze für den Fang von Makrelen, Clupeiden, Sandaalen (*Ammodytes*), Stinten, Aalen, Petermännchen (*Trachinus draco*), Krabben, Garnelen und Weichtieren handelt, darauf zu überprüfen, ob ihre Maschenweite der in Anhang I der Konvention vorgeschriebenen Mindestgröße entspricht, sowie auf Vorrichtungen zu überprüfen, durch welche die Maschen in irgendeinem Teil des Netzes verstopft oder verkleinert werden;
2. die im Konventionsgebiet gefangenen Fische, soweit sie zu den im Anhang II der Konvention genannten Arten gehören, darauf zu überprüfen, ob sie die im Anhang II der Konvention zugelassenen Mindestgrößen unterschreiten;
3. die bei dem Fang von Makrelen, Clupeiden, Sandaalen (*Ammodytes*), Stinten, Aalen, Petermännchen (*Trachinus draco*), Krabben, Garnelen und Weichtieren im Konventionsgebiet mitgefangenen Fische der im Anhang II der Konvention genannten Arten darauf zu überprüfen, ob sie die zugelassenen Mindestgrößen unterschreiten, und wie groß der gewichtsmäßige Anteil solcher untermaßigen Fische am Fangergebnis ist.

(4) Außerhalb der Hoheitsgewässer der Bundesrepublik Deutschland werden die Kontrollen der Fischereifahrzeuge von den Kapitänen oder Offizieren der im Fischereischutz eingesetzten Fahrzeuge der Bundesrepublik durchgeführt.

(5) Durch die Vorschrift des Absatzes 2 Nr. 2 wird das Grundrecht des Artikels 13 des Grundgesetzes eingeschränkt.

Artikel 3

Es ist verboten, im Konventionsgebiet gefangene Fische der in Anhang II der Konvention genannten Arten anzulanden, feilzuhalten, zum Verkauf anzubieten oder zu verkaufen, wenn sie kleiner sind, als daselbst vorgeschrieben ist, und die Voraussetzungen des Anhangs III der Konvention nicht gegeben sind.

Artikel 4

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. in der Absicht, Fische der in Anhang II der Konvention beschriebenen Arten im Konventionsgebiet zu fangen, ein Netz der in Artikel 5 der Konvention bezeichneten Art auf einem Schiff mitführt,

2. ein Netz der in Artikel 5 der Konvention bezeichneten Art zum Fang von Fischen der in Anhang II der Konvention beschriebenen Arten im Konventionsgebiet benutzt,
  3. vorsätzlich oder fahrlässig dem Verbot in Artikel 7 der Konvention zuwiderhandelt oder
  4. vorsätzlich oder fahrlässig den Bestimmungen der Artikel 6 Buchstabe b oder Artikel 8 der Konvention zuwiderhandelt.
- (2) Ordnungswidrig handelt ferner, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. dem Verbot des Artikels 3 dieses Gesetzes zuwiderhandelt oder
  2. gegen die Pflichten nach Artikel 2 Abs. 2 und 3 dieses Gesetzes verstößt.
- (3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden. Der Höchstbetrag der Geldbuße ist bei einer vorsätzlichen Zuwiderhandlung im Falle
- |                            |                       |
|----------------------------|-----------------------|
| des Absatzes 1 Nr. 1 bis 3 |                       |
| und des Absatzes 2 Nr. 1   | 10 000 Deutsche Mark, |
| des Absatzes 1 Nr. 4       | 2 000 Deutsche Mark,  |
| des Absatzes 2 Nr. 2       | 1 000 Deutsche Mark.  |
- Soweit eine fahrlässige Zuwiderhandlung mit Geldbuße bedroht ist, ist der Höchstbetrag der Geldbuße die Hälfte des für die vorsätzliche Zuwiderhandlung angedrohten Höchstbetrages.
- (4) Netze, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 Nr. 1 und 2 bezieht, desgleichen Vorrichtungen, die entgegen Artikel 7 Abs. 1 der Konvention benutzt werden, sowie Fische, die entgegen

Artikel 6 Buchstabe b oder Artikel 8 der Konvention an Bord behalten oder entgegen Artikel 3 dieses Gesetzes angelandet, feilgehalten, zum Verkauf angeboten oder verkauft werden, können eingezogen werden. Die Vorschriften des § 18 Abs. 3 und 4 und der §§ 19 bis 26 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gelten entsprechend.

(5) Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten verjährt in zwei Jahren.

#### Artikel 5

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Artikel 2 bis 7 gelten im Land Berlin nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

#### Artikel 6

Das Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Konvention vom 5. April 1946 der Internationalen Überfischungskonferenz vom 13. Juni 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 697) gilt vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an auch im Saarland.

#### Artikel 7

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Konvention in der geänderten Fassung ist vom gleichen Tage an für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 22. Dezember 1959.

Der Bundespräsident  
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
Schwarz

Für den Bundesminister des Auswärtigen  
Der Bundesminister für Angelegenheiten  
des Bundesrates und der Länder  
von Merkatz

## Konvention über die Regelung der Maschen der Fischnetze und der Größenbegrenzungen der Fische

### Convention pour la réglementation du maillage des filets de pêche et des tailles limites des poissons

### Convention for the Regulation of the Meshes of Fishing Nets and the Size Limits of Fish

(Übersetzung)

## PREAMBLE

THE GOVERNMENTS of Belgium, Denmark, Eire, France, Iceland, the Netherlands, Norway, Poland, Portugal, Spain, Sweden and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, desiring to conclude a Convention for the Regulation of the Meshes of Fishing Nets and the Size Limits of Fish, have agreed as follows: —

## PRÉAMBULE

LES GOUVERNEMENTS de la Belgique, du Danemark, de l'Eire, de la France, de l'Islande, de la Hollande, de la Norvège, de la Pologne, du Portugal, de l'Espagne, de la Suède et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, désireux d'établir une convention pour la réglementation du maillage des filets de pêche et des tailles limites des poissons, sont convenus des dispositions suivantes:

## PRÄAMBEL

DIE REGIERUNGEN Belgiens, Dänemarks, Irlands, Frankreichs, Islands, der Niederlande, Norwegens, Polens, Portugals, Spaniens, Schwedens und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, die eine Konvention über die Regelung der Maschen der Fischnetze und der Größenbegrenzungen der Fische zu beschließen wünschen, haben folgendes vereinbart:

## PART I

## Extent of the Convention

## Article 1

The area to which this Convention applies shall be all waters which are situated within those parts of the Atlantic and Arctic Oceans and their dependent seas which lie north of 48 degrees north latitude and between 42 degrees west longitude and 32 degrees east longitude, but excluding the Baltic Sea and Belts lying to the south and east of lines drawn from Hasenore Head to Gniben Point, from Korshage to Spodsbjerg and from Gilbjerg Head to the Kullen.

## Article 2

Nothing in the present Convention shall be deemed to diminish the exclusive rights of vessels registered or owned in the territory of each Contracting Government to fish in waters where that Contracting Government has exclusive jurisdiction over fisheries.

## Article 3

Nothing in this Convention shall be deemed to prejudice the claims of any Contracting Government in regard to the limits of territorial waters.

## CHAPITRE I

## Étendue de la Convention

Article 1<sup>er</sup>

La zone à laquelle s'applique la présente Convention comprend toutes les eaux situées dans les Océans Atlantique et Arctique et leurs mers tributaires, au nord du 48° de latitude Nord et entre les 42° de longitude Ouest et 32° de longitude Est, à l'exclusion de la Mer Baltique et des Belts au sud et à l'est des lignes tirées de Hasenørehoved à Gniben, de Korshage à Spodsbjerg, de Gilbjerg-hoved à Kullen.

## Article 2

Aucune disposition de la présente Convention ne doit être interprétée comme portant atteinte au droit exclusif qu'ont les navires immatriculés ou appartenant à des armateurs dans les territoires de chaque Gouvernement contractant, de pêcher dans des eaux où le même Gouvernement contractant possède des droits exclusifs de juridiction sur les pêches.

## Article 3

Aucune disposition de la présente Convention ne doit être interprétée comme portant atteinte aux droits que réclame tout Gouvernement contractant en ce qui concerne les limites de ses eaux territoriales.

## TEIL I

Anwendungsbereich  
der Konvention

## Artikel 1

Das Gebiet, auf das diese Konvention Anwendung findet, umfaßt alle Gewässer innerhalb jener Teile des Atlantischen Ozeans und des nördlichen Eismees und deren Nebengewässer, die nördlich von 48 Grad nördlicher Breite und zwischen dem 42. Grad westlicher Länge und dem 32. Grad östlicher Länge liegen, jedoch ausschließlich der Ostsee und des Belts südlich und östlich der Linien von Hasenöre-Landzunge bis Gniben-Punkt, von Korshage nach Spodsbjerg und von Gilbjerg-Landzunge (Hoved) nach Kullen.

## Artikel 2

Keine Bestimmung dieser Konvention darf so ausgelegt werden, daß sie das ausschließliche Fischereirecht der in dem Hoheitsgebiet einer vertragschließenden Regierung registrierten oder einem Reeder daselbst gehörenden Schiffe in Gewässern beinträchtigt, in denen die betreffende vertragschließende Regierung ausschließliche Herrschaftsgewalt über die Fischerei hat.

## Artikel 3

Keine Bestimmung dieser Konvention darf so ausgelegt werden, daß die Ansprüche irgendeiner vertragschließenden Regierung bezüglich der Grenzen der Hoheitsgewässer beeinträchtigt.

## PART II

Regulation of the Meshes of Fishing  
Nets and the Size Limits of Fish

## Article 4

Subject to the provisions of Articles 8, 10 and 16 (2), the provisions of this Convention shall apply to all vessels of any Contracting Government either when they are operating in the waters where that Contracting Government has exclusive jurisdiction over fisheries, or when they are operating outside such waters.

## Article 5

No vessel shall carry on board or use any trawl, seine, or other net towed or hauled at or near the bottom of the sea, which has in any part of the net meshes of less dimensions than those specified in Annex I to this Convention: provided that a trawl net made of single twine and containing no manila or sisal in any part may be carried on board or used by a vessel, notwithstanding that such a net has a minimum size of mesh 5 mm. less than the dimensions specified in Annex I to this Convention.

## Article 6

Notwithstanding the provisions of Article 5, vessels fishing for mackerel, clupeoid fishes, sand eels (*Ammodytes*), smelts, eels, great weevers (*Trachinus draco*), shrimps, prawns, nephrops or molluscs, may carry on board and use nets having meshes of dimensions less than those so specified: provided that

- (a) any fishing instruments used by such vessels for the capture of any of the fish described in this Article shall not be used for the purpose of capturing other kinds of fish; and
- (b) any fish in excess of the percentages set out in Annex III to this Convention, of the species set out in Annex II to this Convention, which may be captured by such instruments and which are of less than the minimum sizes prescribed in Annex II to this Convention shall be returned to the sea immediately after capture.

## CHAPITRE II

Réglementation du maillage des filets  
de pêche et des tailles limites  
des poissons

## Article 4

Sous réserve des dispositions des articles 8, 10 et 16, paragraphe 2, les dispositions de la présente Convention doivent s'appliquer à tous les navires de tout Gouvernement contractant, qu'ils soient exploités dans les eaux où ce même Gouvernement contractant possède des droits exclusifs de juridiction sur les pêches ou en dehors de ces eaux.

## Article 5

Il est interdit d'avoir à bord d'un navire de pêche ou d'utiliser aucun chalut, aucune senne ou aucun autre filet traîné ou halé sur le fond ou près du fond de la mer, ayant des mailles de dimensions inférieures à celles prescrites à l'Annexe I de la présente Convention; à cette seule exception près qu'on peut avoir à bord et utiliser un chalut en lignette simple, ne contenant ni sisal ni manille, bien que ce filet ait des mailles d'une grandeur minimum inférieure de 5 mm. aux dimensions prescrites à l'Annexe I de la présente Convention.

## Article 6

Nonobstant les dispositions de l'Article 5, les navires pratiquant la pêche au maquereau, aux clupéides, au lançon ou équille (*Ammodytes*), aux éperlans, aux anguilles, aux grandes vives (*Trachinus draco*), aux crevettes grises et roses, aux langoustines (*nephrops*) ou aux mollusques peuvent avoir à bord et utiliser des filets ayant des mailles des dimensions inférieures à celles qui sont ainsi prescrites, pourvu que

- (a) les engins de pêche employés par de tels navires pour la capture d'une des espèces énumérées au présent article ne soient pas utilisés en vue de capturer d'autres espèces de poisson;
- (b) tout poisson dépassant les pourcentages fixés à l'Annexe III de la présente Convention, poisson des espèces désignées à l'Annexe II de cette Convention, qui pourra être capturé au moyen de tels engins et qui sera de dimensions inférieures aux minima prescrits à l'Annexe II de cette Convention, sera rejeté à la mer dès sa capture.

## TEIL II

Regelung der Maschen der Fischnetze  
und der Größenbegrenzungen  
der Fische

## Artikel 4

Vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 8, 10 und 16 Absatz (2) sind die Bestimmungen dieser Konvention auf alle Schiffe jeder vertragsschließenden Regierung anzuwenden, gleichviel, ob sie in Gewässern operieren, in denen die vertragschließende Regierung das ausschließliche Fischereirecht hat oder ob sie außerhalb solcher Gewässer operieren.

## Artikel 5

Kein Schiff darf ein Schlepp-, Fall- oder anderes Netz, das auf oder nahe dem Meeresboden geschleppt oder gezogen wird, an Bord führen oder benutzen, wenn es in irgendeinem seiner Teile Maschen von geringeren Dimensionen hat, als sie in Anhang I zu dieser Konvention vorgeschrieben sind; ein Schleppnetz, das aus einfachem Bindfaden hergestellt ist und in keinem seiner Teile Manila- oder Sisalgarn enthält, darf von einem Schiff an Bord geführt oder benutzt werden, auch wenn ein solches Netz Maschen mit einer Mindestgröße hat, die 5 mm unter den in Anhang I zu dieser Konvention vorgeschriebenen Dimensionen liegt.

## Artikel 6

Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 5 können Schiffe für den Fang von Makrelen, Clupeiden, Sandaalen (*Ammodytes*), Stinten, Aalen, Petermännchen (*Trachinus draco*), Krabben, Garnelen und Weichtieren Netze mit geringeren als den vorgeschriebenen Maschendimensionen unter folgenden Bedingungen an Bord führen und benutzen:

- (a) Alle Fanggeräte solcher Schiffe für den Fang der in diesem Artikel beschriebenen Fischarten dürfen nicht für den Fang anderer Arten von Fischen benutzt werden;
- (b) alle Fische der in Anhang II dieser Konvention beschriebenen Arten, die mit solchen Geräten über die in Anhang III zu dieser Konvention festgelegten Prozentsätze hinaus gefangen werden und geringere als die in Anhang II zu dieser Konvention vorgeschriebenen Dimensionen aufweisen, sind sofort nach dem Fang wieder in die See zu werfen.

## Article 7

(1) No vessel while operating shall use any device by means of which the mesh in any part of a fishing net to which Article 5 of this Convention applies is obstructed or otherwise in effect diminished.

(2) Notwithstanding the provisions of the foregoing paragraph, it shall not be deemed to be unlawful to attach to the underside of the cod-end of a trawl net any canvas, netting, or other material, for the purpose of preventing or reducing wear and tear.

## Article 8

Subject to the provisions of Annex III to this Convention, no vessel shall retain on board any sea fish of the descriptions set out in Annex II to this Convention, of a less size than the size prescribed therein for each fish, and all such fish shall be returned immediately to the sea; provided that they may be retained on board for the purpose of transplantation to other fishing grounds.

## Article 9

Subject to the provisions of Annex III to this Convention, each Contracting Government undertakes to prohibit by regulations the landing, sale, exposure or offer for sale, in its territories of any sea fish of the descriptions set out in Annex II to this Convention which are of a less size than the size prescribed therein for each fish and have been caught in the waters defined in Article 1 of this Convention, whether such fish are whole or have had their heads or any other part removed.

## Article 10

The provisions of this Convention shall not apply to fishing operations conducted for the purposes of scientific investigation, or to fish taken in the course of such operations, but fish so taken shall not be sold, or exposed or offered for sale in contravention of the provisions of Article 9.

## Article 11

The Contracting Governments agree to take, in their territories and in regard to their vessels, to which this Convention applies, appropriate meas-

## Article 7

1. En cours d'exploitation, aucun navire ne doit avoir recours à des moyens ayant pour but de diminuer ou d'obstruer d'une façon quelconque le maillage d'une partie quelconque d'un filet auquel s'applique l'article 5 de la Convention.

2. Nonobstant ce que prévoit le paragraphe précédent, le fait d'ajouter à la partie inférieure du fond du chalut une toile, un réseau de filets, ou tous autres matériaux en vue d'éviter ou de réduire l'usure et la déchirure du filet, ne doit pas être interprété comme étant contraire aux dispositions de la présente Convention.

## Article 8

Sous réserve des dispositions contenues dans l'Annexe III de la présente Convention, aucun navire ne doit garder à bord tout poisson de mer répondant à la description de l'Annexe II de la présente Convention qui serait de dimensions inférieures à celles prescrites à ladite annexe et tous ces poissons doivent être immédiatement rejetés à la mer. Toutefois, ils peuvent être gardés à bord s'ils sont destinés à être transportés vivants en d'autres fonds de pêche.

## Article 9

Sous réserve des dispositions contenues dans l'Annexe III de la présente Convention, chaque Gouvernement contractant s'engage à appliquer dans ses territoires des règlements interdisant de débarquer, de vendre et d'exposer ou d'offrir en vente tout poisson de mer répondant à la description de l'Annexe II qui serait de dimensions inférieures à celles prescrites à ladite annexe et qui serait pris dans les eaux définies à l'Article 1<sup>er</sup> de la Convention, que ces poissons soient entiers, étêtés ou réduits d'une façon quelconque.

## Article 10

Les dispositions de la présente Convention ne doivent s'appliquer ni aux opérations de pêche ayant pour objet des recherches scientifiques, ni aux poissons pêchés au cours de telles opérations. Il est entendu toutefois que les poissons capturés dans ces conditions ne doivent être ni vendus, ni exposés, ni offerts en vente, à moins d'être conformes aux prescriptions de l'article 9.

## Article 11

Les Gouvernements contractants acceptent de prendre les mesures nécessaires pour assurer l'application des dispositions de la présente Conven-

## Artikel 7

(1) Ein in Betrieb befindliches Schiff darf keine Vorrichtung benutzen, durch welche die Maschen in irgendeinem Teil des Netzes, auf das Artikel 5 dieser Konvention Anwendung findet, verstopft oder verkleinert werden.

(2) Ungeachtet der Bestimmungen von Absatz (1) gilt es nicht als widerrechtlich, an der Unterseite des Steerts eines Schleppnetzes Segeltuch, Netzmaterial oder irgendein anderes Material zu befestigen, um die Abnutzung zu verhindern oder zu verringern.

## Artikel 8

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Anhangs III zu dieser Konvention darf kein Schiff Seefische, die der Beschreibung des Anhangs II dieser Konvention entsprechen, an Bord behalten, soweit sie von geringerer Größe sind, als daselbst für jede Fischart vorgeschrieben ist; diese Fische müssen vielmehr sofort in die See zurückgeworfen werden, es sei denn, daß sie an Bord zurückbehalten werden, um in anderen Fanggründen ausgesetzt zu werden.

## Artikel 9

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Anhangs III zu dieser Konvention verpflichtet sich jede vertragschließende Regierung, in ihren Hoheitsgebieten durch Vorschriften die Anlandung, den Verkauf, das Feilhalten und Anbieten zum Verkauf derjenigen in Anhang II dieser Konvention bezeichneten Seefische zu verbieten, deren Größe unter der daselbst für jede Fischart vorgeschriebenen Größe liegt und die in den in Artikel 1 dieser Konvention genannten Gewässern gefangen worden sind, gleichviel, ob diese Fische ganz sind oder ob die Köpfe oder andere Teile entfernt worden sind.

## Artikel 10

Die Bestimmungen dieser Konvention finden nicht auf Fangunternehmen Anwendung, die zwecks wissenschaftlicher Forschung durchgeführt werden, oder auf Fische, die im Verlaufe solcher Unternehmen gefangen werden; solche Fische dürfen jedoch nicht entgegen den Bestimmungen des Artikels 9 verkauft, feilgehalten oder zum Verkauf angeboten werden.

## Artikel 11

Die vertragschließenden Regierungen kommen überein, in ihren Hoheitsgebieten und bezüglich ihrer Schiffe, auf welche diese Konvention

ures to ensure the application of the provisions of this Convention and the punishment of infractions of the said provisions.

### PART III

#### Constitution of Permanent Commission

##### Article 12

(1) The Contracting Governments undertake to set up a permanent Commission to which each of them shall appoint one or if they so desire two delegates.

(2) The Commission shall elect its own President either from among the delegates or from independent nominees. If a delegate has been elected President he shall forthwith cease to be the delegate of his Government and that Government shall have the right to appoint another person to serve as its delegate.

(3) The Commission shall draw up its own rules of procedure including provisions for the term of office of the President and the election of subsequent Presidents and such rules may be altered or amended from time to time by a majority of the delegates of Contracting Governments who are present and vote. Only in the case of an even division of votes on any such matter shall the President have a casting vote and it shall be decisive.

(4) For the purpose of voting on all matters within the scope of this article each Contracting Government shall possess one vote, whether it has appointed one delegate or two, but the vote may be exercised by either delegate.

(5) It shall be the duty of this Commission to consider whether the provisions of this Convention should be extended or altered. For this purpose the Commission shall where practicable consult the International Council for the Exploration of the Sea.

(6) The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland undertakes to call the first meeting of this Commission in the United Kingdom within two years from the coming into force of this Convention, and to call subsequent meetings at the request of the President at such time and in such places as the Commission shall decide.

(7) There shall be a meeting of the Commission not less than once in every three years.

tion et la répression des infractions aux dites dispositions dans ceux de leurs territoires et en ce qui concerne leurs navires auxquels s'applique la présente Convention.

### CHAPITRE III

#### Constitution du Comité Permanent

##### Article 12

(1) Les Gouvernements contractants s'engagent à créer un Comité Permanent auquel chacun d'eux désignera un délégué et, éventuellement, deux délégués.

(2) Le Comité élira son Président soit parmi les délégués, soit parmi des candidats indépendants. Si un délégué a été élu à la présidence, il cessera immédiatement ses fonctions de délégué et son Gouvernement aura le droit de désigner un autre représentant pour agir à sa place en tant que délégué.

(3) Le Comité devra établir ses propres règles de procédure, y compris la fixation de la durée du mandat de son Président et de l'élection des Présidents suivants, règles qui pourront être modifiées ou amendées, le cas échéant, à la majorité des voix des délégués des Gouvernements contractants qui seront présents et qui prendront part au vote. Le Président participera au vote seulement en cas de partage des voix sur un point quelconque se rapportant à cette matière et sa voix emportera décision.

(4) En ce qui concerne le vote sur tout objet dans le cadre du présent article, chaque Gouvernement contractant disposera d'une voix, qu'il ait désigné un délégué ou deux, mais le vote pourra être émis par l'un ou l'autre de ses délégués.

(5) Le Comité aura pour devoir d'examiner s'il y a lieu d'étendre ou de modifier les dispositions de la présente Convention. A cette fin, le Comité consultera, dans la mesure du possible, le Conseil International pour l'Exploration de la Mer.

(6) Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord s'engage à convoquer dans le Royaume-Uni la première réunion de ce Comité dans un délai de deux ans à dater de la mise en vigueur de la présente Convention et à convoquer des réunions ultérieures à la demande du Président dudit Comité, aux dates et dans les lieux que le Comité décidera.

(7) Le Comité devra se réunir au moins une fois tous les trois ans.

Anwendung findet, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Anwendung der Bestimmungen dieser Konvention und die Bestrafung der Zuwiderhandlungen gegen die genannten Bestimmungen sicherzustellen.

### TEIL III

#### Errichtung eines Ständigen Ausschusses

##### Artikel 12

(1) Die Vertragschließenden Regierungen verpflichten sich, einen Ständigen Ausschuß zu errichten, in den jede Regierung einen oder auf Wunsch zwei Delegierte entsenden kann.

(2) Der Ausschuß wählt seinen Präsidenten selbst, entweder aus dem Kreis der Delegierten oder aus dem Kreis unabhängiger Kandidaten. Ist ein Delegierter zum Präsidenten gewählt worden, so erlischt sein Mandat sofort, und die betreffende Regierung hat das Recht, eine andere Person zu ihrem Delegierten zu ernennen.

(3) Der Ausschuß gibt sich seine Geschäftsordnung einschließlich der Vorschriften über die Amtszeit des Präsidenten und die Wahl der nachfolgenden Präsidenten; diese Geschäftsordnung kann jeweils durch Mehrheitsbeschluß der anwesenden und abstimmenden Vertreter der vertragschließenden Regierungen geändert und ergänzt werden. Lediglich bei Stimmgleichheit nimmt der Präsident an einer diesbezüglichen Abstimmung teil; seine Stimme ist dann ausschlaggebend.

(4) Für die Abstimmung in allen Angelegenheiten im Rahmen dieses Artikels hat jede vertragschließende Regierung eine Stimme, gleichviel, ob sie einen oder zwei Delegierte ernannt hat; jedoch kann das Stimmrecht von jedem der beiden Delegierten ausgeübt werden.

(5) Es ist die Pflicht dieses Ausschusses, zu beraten, ob die Bestimmungen dieser Konvention erweitert oder geändert werden sollen. Zu diesem Zweck hat der Ausschuß tunlichst den Internationalen Rat für Meeresforschung zu konsultieren.

(6) Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland verpflichtet sich, die erste Tagung dieses Ausschusses innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieser Konvention nach dem Vereinigten Königreich einzuberufen und die nachfolgenden Sitzungen auf Verlangen des Präsidenten zu den Terminen und nach den Orten einzuberufen, die der Ausschuß bestimmt.

(7) Die Tagungen des Ausschusses finden mindestens einmal alle drei Jahre statt.



(8) The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland undertakes to communicate the agenda for the first meeting to all other Contracting Governments not less than one month before the date of the meeting.

(9) Reports of the proceedings of the Commission shall be transmitted by the President of the Commission to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, which shall in turn communicate them to all the Governments which have ratified or acceded to this Convention.

(10) The Contracting Governments undertake to give effect to any recommendation of the Commission for the extension or alteration of this Convention which has been carried unanimously at a meeting of the Commission and accepted by all Contracting Governments not represented at the meeting.

#### Article 13

(1) For the purposes of this Convention the expression "vessel" means—

- (a) any vessel or boat employed in fishing for sea fish or in the treatment of sea fish; or
- (b) any vessel or boat used partly or wholly for the purpose of the transport of sea fish

registered or owned in the territories of any Contracting Government.

(2) The expression "territories" denotes in relation to any Contracting Government—

- (a) its metropolitan territory;
- (b) any territory in respect of which action has been taken by the Contracting Government under Article 16; and
- (c) the waters where the Contracting Government has exclusive jurisdiction over fisheries.

#### Article 14

This Convention shall be ratified as soon as possible and shall come into force<sup>(1)</sup> two months after the deposit

(1) 5th April, 1953, with the exception of Articles 5, 8 and 9 which took effect on April 5, 1954, in their original form.

(8) Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord s'engage à communiquer l'ordre du jour de la première réunion à tous les autres Gouvernements contractants, au moins un mois avant la date de la réunion.

(9) Les comptes rendus des activités et débats du Comité seront transmis par le Président dudit Comité au Gouvernement du Royaume-Uni et d'Irlande du Nord qui, à son tour, les communiquera à tous les Gouvernements qui ont ratifié la Convention ou y ont adhéré.

(10) Les Gouvernements contractants s'engagent à mettre à exécution toute recommandation adoptée à l'unanimité au cours d'une réunion du Comité et acceptée par tous les Gouvernements contractants non représentés à cette réunion, en vue d'étendre ou de modifier la présente Convention.

#### Article 13

(1) En vue de l'application de la présente Convention l'expression « navire » signifie:

- (a) tout navire ou bateau utilisé à la pêche de poissons de mer ou au traitement de poissons de mer ou
- (b) tout navire ou bateau utilisé en tout ou partie au transport de poissons de mer,

immatriculé ou appartenant à un armateur dans les territoires de tout Gouvernement contractant.

(2) L'expression « territoires » signifie pour tout Gouvernement contractant:

- (a) son territoire métropolitain;
- (b) tout territoire auquel ce Gouvernement contractant a appliqué les dispositions de l'article 16 ci-après;
- (c) les eaux où le même Gouvernement contractant possède des droits exclusifs de juridiction sur les pêches.

#### Article 14

La présente Convention sera ratifiée dès que possible et sera mise à exécution deux mois après le dépôt

(8) Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland verpflichtet sich, die Tagesordnung der ersten Tagung allen an der Konvention beteiligten Regierungen spätestens einen Monat vor dem Zeitpunkt der Tagung mitzuteilen.

(9) Berichte über die Verhandlungen des Ausschusses müssen durch den Präsidenten des Ausschusses der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland übermittelt werden, die diese ihrerseits allen Regierungen mitteilt, die diese Konvention ratifiziert haben oder ihr beigetreten sind.

(10) Die vertragschließenden Regierungen verpflichten sich, jede Empfehlung des Ausschusses über die Erweiterung oder Änderung dieser Konvention durchzuführen, die auf einer Tagung des Ausschusses einstimmig angenommen und von allen vertragschließenden Regierungen, die auf der Tagung nicht vertreten waren, angenommen wurde.

#### Artikel 13

(1) Im Sinne dieser Konvention bedeutet der Ausdruck „Schiff“

- (a) jedes Schiff oder Boot, das für den Fang oder die Verarbeitung von Seefischen verwendet wird und
- (b) jedes Schiff oder Boot, das teilweise oder gänzlich für den Transport von Seefischen benutzt wird

und in den Hoheitsgebieten einer vertragschließenden Regierung registriert ist oder einem Reeder daselbst gehört.

(2) Die Bezeichnung „Hoheitsgebiete“ bedeutet in bezug auf jede der vertragschließenden Regierungen

- (a) deren Mutterland,
- (b) jedes Gebiet, für das die vertragschließende Regierung gemäß Artikel 16 Maßnahmen getroffen hat, und
- (c) die Gewässer, in denen die vertragschließende Regierung die ausschließliche Herrschaftsgewalt über die Fischerei besitzt.

#### Artikel 14

Diese Konvention ist so bald wie möglich zu ratifizieren; sie tritt zwei Monate nach Hinterlegung der Ratifi-

of instruments of ratification by all the Governments which have signed the Convention, or upon such earlier date as may be agreed between any Governments which may ratify or accede to it under Article 15 in respect of those Governments.

#### Article 15

(1) Any Government (other than the Government of a territory to which Article 16 applies) which has not signed this Convention may accede thereto at any time after it has come into force in accordance with Article 14. Accession shall be effected by means of a notification in writing addressed to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and shall take effect immediately after the date of its receipt.

(2) The Government of the United Kingdom will inform all the Governments which have signed or acceded to the present Convention of all accessions received and the date of their receipt.

#### PART IV General

##### Article 16

(1) A Contracting Government may, at the time of signature, ratification, accession or thereafter, by a declaration in writing addressed to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, declare its desire that the present Convention shall apply to all or any of its colonies, overseas territories, protectorates or territories under mandate or trusteeship, and this Convention shall apply to all the territories named in such declaration, and to vessels registered or owned therein three months after the receipt of the declaration by the Government of the United Kingdom.

(2) In the absence of such declaration, the Convention shall not apply to any such territory.

(3) A Contracting Government may at any time, by a notification in writing addressed to the Government of the United Kingdom, express its desire that the present Convention shall cease to apply to all or any of its colonies, overseas territories, protectorates or territories under mandate or trusteeship, to which the present Convention shall have been made applicable under the provisions of para-

des instruments de ratification par tous les Gouvernements signataires de la Convention.

Tous les Gouvernements qui auront ratifié ladite Convention ou qui y auront adhéré, en application de l'article 15, pourront s'entendre pour la mettre à exécution, en ce qui les concerne, à une date plus rapprochée.

#### Article 15

(1) Tout Gouvernement (autre que le Gouvernement d'un territoire auquel l'article 16 s'applique) qui n'a pas signé la Convention peut y adhérer à n'importe quel moment après son entrée en vigueur conformément à l'article 14. L'adhésion sera effectuée sous forme de notification écrite au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et prendra effet immédiatement après la date de la réception.

(2) Le Gouvernement du Royaume-Uni informera tous les Gouvernements qui ont signé la présente Convention ou y ont adhéré de toutes les adhésions reçues et de la date de leur réception.

#### CHAPITRE IV Généralités

##### Article 16

(1) Un Gouvernement contractant peut, au moment de signer, de ratifier, d'adhérer, ou ultérieurement, manifester son désir, par la voie d'une déclaration écrite, adressée au Gouvernement du Royaume-Uni et d'Irlande du Nord, que la présente Convention soit appliquée à toutes ses colonies ou à l'une d'elles, à tous ses territoires d'outre-mer, protectorats, territoires sous mandat ou sous régime de tutelle ou à l'un d'eux. La présente Convention s'appliquera à tous les territoires dénommés dans pareille déclaration et aux navires qui se trouvent immatriculés ou appartenant à des armateurs dans lesdits territoires, dans un délai de trois mois après réception de ladite déclaration par le Gouvernement du Royaume-Uni.

(2) En l'absence de pareille déclaration, la Convention ne s'appliquera à aucun de ces territoires.

(3) Un Gouvernement contractant peut, à toute époque, manifester son désir, par une déclaration écrite adressée au Gouvernement du Royaume-Uni et d'Irlande du Nord, que la présente Convention cesse d'être applicable à toutes ses colonies, ou à l'une d'elles, à tous ses territoires d'outre-mer, protectorats, territoires sous mandat ou sous régime de tutelle, ou à l'un d'eux, auxquels la présente Con-

kationsurkunden seitens der Regierungen, die die Konvention unterzeichnet haben, in Kraft; Regierungen, welche die Konvention ratifiziert haben oder ihr auf Grund von Artikel 15 beigetreten sind, können ein früheres Inkrafttreten mit Wirkung für sie selbst vereinbaren.

#### Artikel 15

(1) Jede Regierung (außer der Regierung eines Hoheitsgebietes, auf das Artikel 16 Anwendung findet), die diese Konvention nicht unterzeichnet hat, kann ihr zu jeder Zeit beitreten, nachdem die Konvention gemäß Artikel 14 in Kraft getreten ist. Der Beitritt hat durch eine schriftliche Mitteilung an die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland zu erfolgen und wird sofort nach dem Zeitpunkt des Eingangs wirksam.

(2) Die Regierung des Vereinigten Königreichs wird alle Regierungen, welche diese Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, von allen Beitritten und den Daten des Eingangs derselben unterrichten.

#### TEIL IV Allgemeines

##### Artikel 16

(1) Eine vertragschließende Regierung kann zur Zeit der Unterzeichnung, der Ratifizierung, des Beitritts oder später durch schriftliche, an die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland gerichtete Erklärung, ihrem Wunsche Ausdruck verleihen, daß diese Konvention auf alle oder einen Teil ihrer Kolonien, überseeischen Gebiete, Protektorate, Mandatsgebiete oder Gebiete unter ihrer Treuhänderverwaltung angewendet werden soll; diese Konvention findet sodann drei Monate nach Eingang der Erklärung bei der Regierung des Vereinigten Königreichs auf alle darin genannten Hoheitsgebiete sowie auf die in diesen registrierten oder einem Reeder dasselbst gehörenden Schiffe Anwendung.

(2) In Ermangelung einer solchen Erklärung findet die Konvention auf solche Hoheitsgebiete keine Anwendung.

(3) Eine vertragschließende Regierung kann zu jeder Zeit durch eine an die Regierung des Vereinigten Königreichs gerichtete schriftliche Erklärung ihrem Wunsche Ausdruck verleihen, daß diese Konvention nicht mehr auf alle oder einen Teil ihrer Kolonien, überseeischen Gebiete, Protektorate, Mandatsgebiete oder Gebiete unter ihrer Treuhänderschaft Anwendung finden soll, auf die sie bisher

graph (1) of this article, and the Convention shall cease to apply to the territories named in the notification and to vessels registered or owned therein three months after the receipt of the notification by the Government of the United Kingdom.

(4) The Government of the United Kingdom will inform all the Governments which have signed or acceded to the present Convention of any declaration or notification received under paragraphs (1) and (3) of this article, stating in each case the date from which the present Convention has become or will cease to be applicable to the territory or territories specified in the declaration or notification, as the case may be.

#### Article 17

As from the date of the coming into force of this Convention, the provisions of the International Convention for the Regulation of the Meshes of Fishing Nets and the Size Limits of Fish, signed in London on the 23rd March 1937<sup>(2)</sup>, shall, as far as they have been or are applied by any Contracting Government which was a party to that Convention, be replaced by the provisions of this Convention.

#### Article 18

After the expiration of three years from the date of its coming into force in accordance with Article 14, this Convention may be denounced by means of a notification in writing addressed to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland. The denunciation shall take effect in respect of the Government by which it is made three months after the date of its receipt, and will be notified to the Contracting Governments by the Government of the United Kingdom.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorised thereto, have signed the present Convention.

DONE in London the 5th day of April, 1946, in a single copy in the English language. A French text of the Convention shall be prepared and after approval by all the signatory Governments shall be regarded as being of equal validity to the English text. Both texts of the Convention shall thereupon be deposited in the

vention aura été appliquée en vertu des dispositions du paragraphe 1<sup>er</sup> de cet article. La Convention cessera d'être applicable aux territoires dénommés dans la notification et aux navires de pêche qui se trouvent immatriculés ou appartenant à des armateurs dans lesdits territoires, dans un délai de trois mois après la réception de ladite déclaration par le Gouvernement du Royaume-Uni.

(4) Le Gouvernement du Royaume-Uni informera tous les Gouvernements signataires ou adhérents de toute déclaration ou notification reçue en application des paragraphes (1) et (3) ci-dessus; il précisera dans chaque cas la date à laquelle la présente Convention est devenue applicable ou cessera de l'être au territoire ou aux territoires spécifiés dans la déclaration ou notification, suivant le cas.

#### Article 17

À dater de la mise à exécution de la présente Convention, les dispositions de la Convention Internationale pour la Réglementation du Maillage des Filets de Pêche et des Tailles minima de Poissons, signée à Londres le 23 mars 1937, seront, dans la mesure où elles ont été ou sont appliquées par tout Gouvernement contractant signataire de ladite Convention de 1937, remplacées par les dispositions de la présente Convention.

#### Article 18

À l'expiration d'une période de trois années à dater de sa mise à exécution conformément à l'article 14, la présente Convention pourra être dénoncée sous forme de notification écrite adressée au Gouvernement du Royaume-Uni et d'Irlande du Nord. La dénonciation prendra effet vis-à-vis du Gouvernement qui l'a faite trois mois après la date de sa réception, et sera notifiée aux Gouvernements contractants par le Gouvernement du Royaume-Uni.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés à cette fin, ont signé la présente Convention.

FAIT à Londres, le cinq avril 1946, en exemplaire unique rédigé en langue anglaise. Il sera préparé un texte français de la présente Convention auquel, après approbation par tous les Gouvernements signataires, il sera reconnu la même valeur qu'au texte anglais. Ces deux textes seront, le moment venu, déposés dans les archi-

gemäß den Bestimmungen von Absatz (1) dieses Artikels angewendet wurde; die Konvention findet sodann drei Monate nach Eingang der Erklärung bei der Regierung des Vereinigten Königreichs auf die darin genannten Hoheitsgebiete und auf Schiffe, die in diesen registriert sind oder einem Reeder daselbst gehören, nicht mehr Anwendung.

(4) Die Regierung des Vereinigten Königreichs wird alle Regierungen, die diese Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, von allen Erklärungen oder Mitteilungen, die gemäß Absatz (1) und (3) dieses Artikels eingegangen sind, unterrichten und in jedem Fall den Zeitpunkt angeben, von dem an diese Konvention auf das jeweilige in der Erklärung oder Mitteilung genannte Hoheitsgebiet Anwendung findet oder nicht mehr Anwendung findet.

#### Artikel 17

Vom Tage des Inkrafttretens dieser Konvention an treten ihre Bestimmungen an die Stelle der Bestimmungen des am 23. März 1937 in London unterzeichneten internationalen Übereinkommens betreffend die Regelung der Maschenweiten von Fischnetzen und der Mindestmaße für Fische, soweit diese Bestimmungen durch eine der vertragschließenden Regierungen, die an jenem Übereinkommen beteiligt war, angewendet wurden oder werden.

#### Artikel 18

Nach Ablauf von drei Jahren nach ihrem Inkrafttreten gemäß Artikel 14 kann diese Konvention durch schriftliche Mitteilung an die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland gekündigt werden. Die Kündigung wird in bezug auf die Regierung, die sie abgegeben hat, drei Monate nach dem Datum des Eingangs wirksam; sie wird den vertragschließenden Regierungen durch die Regierung des Vereinigten Königreichs mitgeteilt.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten, die dazu gehörig bevollmächtigt waren, diese Konvention unterzeichnet.

GESCHEHEN zu London am 5. April 1946 in einer einzigen Ausfertigung, in englischer Sprache. Eine französische Fassung der Konvention wird angefertigt und nach Zustimmung aller Signatarstaaten als der englischen Fassung gleichwertig betrachtet werden. Beide Fassungen der Konvention werden dann in den Archiven

(2) "Miscellaneous No. 5 (1937)," Cmd. 5494.

archives of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

Certified copies of the Convention shall be communicated to the signatory and acceding Governments.

ves du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

Des copies de la Convention, certifiées conformes, seront communiquées aux Gouvernements signataires et adhérents.

der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland hinterlegt.

Beglaubigte Ausfertigungen der Konvention werden den Signatarstaaten und den beigetretenen Staaten übermittelt.

For the  
GOVERNMENT OF BELGIUM:

Pour le  
GOUVERNEMENT DE LA BELGIQUE:  
Carlier

Für die  
BELGISCHE REGIERUNG:

For the  
GOVERNMENT OF DENMARK:

Pour le  
GOUVERNEMENT DU DANEMARK:  
P. F. Erichsen

Für die  
DANISCHE REGIERUNG:

For the  
GOVERNMENT OF EIRE:

Pour le  
GOUVERNEMENT DE L'EIRE:  
J. D. Rush

Für die  
IRISCHE REGIERUNG:

For the  
GOVERNMENT OF FRANCE:

Pour le  
GOUVERNEMENT PROVISoire  
DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE:  
Pierre Tissier

Für die  
FRANZÖSISCHE REGIERUNG:

For the  
GOVERNMENT OF ICELAND:

Pour le  
GOUVERNEMENT DE L'ISLANDE:  
Stefan Thorvardsson  
Arni Fridriksson  
ad referendum

Für die  
ISLANDISCHE REGIERUNG:

For the GOVERNMENT  
OF THE NETHERLANDS:

Pour le GOUVERNEMENT  
DE LA HOLLANDE:  
D. J. van Dijk  
Dr. B. Havinga  
G. P. Baerends

Für die  
NIEDERLANDISCHE REGIERUNG:

For the  
GOVERNMENT OF NORWAY:

Pour le  
GOUVERNEMENT DE LA NORVÈGE:  
Jens Bull

Für die  
NORWEGISCHE REGIERUNG:

For the  
GOVERNMENT OF POLAND:

Pour le  
GOUVERNEMENT DE LA POLOGNE:  
Kaz. Petruszewicz

Für die  
POLNISCHE REGIERUNG:

For the  
GOVERNMENT OF PORTUGAL:

Pour le  
GOUVERNEMENT DU PORTUGAL:  
Joã Vaz M. d'Àzevedo e Silva

Für die  
PORTUGIESISCHE REGIERUNG:

For the  
GOVERNMENT OF SPAIN:

Pour le  
GOUVERNEMENT DE L'ESPAGNE:  
José Miguel Ruiz Morales

Für die  
SPANISCHE REGIERUNG:

For the  
GOVERNMENT OF SWEDEN:

Pour le  
GOUVERNEMENT DE LA SUÈDE:  
N. E. Ihre  
Nils Rosén

Für die  
SCHWEDISCHE REGIERUNG:

For the  
GOVERNMENT OF THE UNITED  
KINGDOM OF GREAT BRITAIN  
AND NORTHERN IRELAND:

Pour le  
GOUVERNEMENT DU ROYAUME-  
UNI DE GRANDE-BRETAGNE  
ET D'IRLANDE DU NORD:  
A. T. A. Dobson  
J. E. De Watteville

Für die REGIERUNG DES  
VEREINIGTEN KÖNIGREICHS VON  
GROSSBRITANNIEN UND  
NORDIRLAND:

## ANNEX I

(1) In all waters covered by the Convention, as defined in Article 1 and Article 4, except as provided in paragraph (2) below, the minimum size of mesh for nets referred to in Article 5 shall be such that when the mesh is stretched diagonally lengthwise of the net a flat gauge 80 mm. broad and 2 mm. thick shall pass through it easily when the net is wet; except that during the period from the 5th day of April, 1954, to the 4th day of April, 1961, a minimum mesh of 75 mm. shall be permitted; and except that, in the case of seine nets, the minimum size of mesh shall be such that when the mesh is stretched diagonally lengthwise of the net a flat gauge 70 mm. broad and 2 mm. thick shall pass through it easily when the net is wet.

(2) In the waters situated north of 66 degrees north latitude and east of the meridian of Greenwich and in Icelandic waters between the parallels of 68 degrees and 62 degrees north latitude and between the meridians of 28 degrees and 10 degrees west longitude, the minimum size of mesh for nets referred to in Article 5 shall be such that when the mesh is stretched diagonally lengthwise of the net a flat gauge 110 mm. broad and 2 mm. thick shall pass through it easily when the net is wet; except that, in the case of seine nets, the minimum size of mesh shall be such that when the mesh is stretched diagonally lengthwise of the net a flat gauge 100 mm. broad and 2 mm. thick shall pass through it easily when the net is wet.

## ANNEXE I

(1) Dans toutes les eaux auxquelles s'applique la présente Convention, en vertu des articles 1 et 4, à l'exception de celles faisant l'objet du paragraphe (2) ci-dessous, la taille minimum de la maille du filet visée à l'article 5 doit être telle que, lorsque la maille est étirée dans le sens de la longueur du filet, une jauge plate de 80 mm. de large et de 2 mm. d'épaisseur puisse passer aisément lorsque le filet est mouillé; à ces exceptions près que, pendant la période du 5 avril 1954 au 4 avril 1961, des mailles d'une dimension minimum de 75 mm. seront tolérées; et que, dans le cas de sennes, la taille minimum de la maille doit être telle que, lorsque la maille est étirée dans le sens de la longueur du filet, une jauge plate de 70 mm. de large et de 2 mm. d'épaisseur puisse passer facilement lorsque le filet est mouillé.

(2) Dans les eaux situées au nord de 66° de latitude Nord et à l'est du méridien de Greenwich ainsi que dans les eaux islandaises situées entre les parallèles de 68° et 62° de latitude Nord et entre les méridiens de 28° et 10° de longitude Ouest, la taille minimum de la maille de filet visée à l'article 5 doit être telle que, lorsque la maille est étirée dans le sens de la longueur du filet, une jauge plate de 110 mm. de large et de 2 mm. d'épaisseur puisse passer aisément lorsque le filet est mouillé; à cette exception près que, dans le cas de sennes, la taille minimum de la maille doit être telle que, lorsque la maille est étirée dans le sens de la longueur du filet, une jauge plate de 100 mm. de large et 2 mm. d'épaisseur puisse passer facilement lorsque le filet est mouillé.

## ANHANG I

(1) In allen Gewässern, auf die sich die Konvention gemäß Artikel 1 und 4 erstreckt, jedoch vorbehaltlich der im nachstehenden Absatz (2) vorgesehenen Ausnahme, muß die Mindestgröße der Maschen der in Artikel 5 bezeichneten Netze so sein, daß ein flaches Maß von 80 mm Breite und 2 mm Dicke leicht durch die diagonal in die Länge gezogenen Maschen des nassen Netzes gesteckt werden kann, mit der Ausnahme, daß während der Zeit vom 5. April 1954 bis zum 4. April 1961 eine Mindestgröße der Maschen von 75 mm zulässig ist und daß bei Fallnetzen die Mindestgröße der Maschen so sein muß, daß ein flaches Maß von 70 mm Breite und 2 mm Dicke leicht durch die diagonal in die Länge gezogenen Maschen des nassen Netzes gesteckt werden kann.

(2) In den Gewässern, die nördlich von 66 Grad nördlicher Breite und östlich des Meridians von Greenwich liegen, sowie in den isländischen Gewässern zwischen den Parallelen von 68 Grad und 62 Grad nördlicher Breite und zwischen den Meridianen von 28 Grad und 10 Grad westlicher Länge muß die Mindestgröße der Maschen der in Artikel 5 bezeichneten Netze so sein, daß ein flaches Maß von 110 mm Breite und 2 mm Dicke leicht durch die diagonal in die Länge gezogenen Maschen des nassen Netzes gesteckt werden kann, mit der Ausnahme, daß bei Fallnetzen die Mindestgröße der Maschen so sein muß, daß ein flaches Maß von 100 mm Breite und 2 mm Dicke leicht durch die diagonal in die Länge gezogenen Maschen des nassen Netzes gesteckt werden kann.

## ANNEX II

The fish to which Articles 6, 8 and 9 of this Convention apply and the sizes below which such fish may not be retained on board, landed, or sold and exposed or offered for sale are as follows:—

Fish	Size limit for whole Fish measured from tip of snout to extreme end of tail fin	Cm.
Cod ( <i>Gadus callarias</i> ) . . . . .		30
Haddock ( <i>Gadus aeglefinus</i> ) . . . . .		27
Hake ( <i>Merluccius merluccius</i> ) . . . . .		30
Plaice ( <i>Pleuronectes platessa</i> ) . . . . .		25
Witches ( <i>Glyptocephalus cynoglossus</i> ) . . . . .		28
Lemon soles ( <i>Microstomus kitt</i> ) . . . . .		25
Soles ( <i>Solea solea</i> ) . . . . .		24
Turbot ( <i>Scophthalmus maximus</i> ) . . . . .		30
Brill ( <i>Scophthalmus rhombus</i> ) . . . . .		30
Megrims ( <i>Lepidorhombus whiff</i> ) . . . . .		25
Whittings ( <i>Gadus merlangus</i> ) . . . . .		20
Dabs ( <i>Pleuronectes limanda</i> ) . . . . .		20

## ANNEXE II

Les poissons auxquels s'appliquent les articles 6, 8 et 9 de la présente Convention et les tailles en dessous desquelles ces poissons ne peuvent être gardés à bord, ni débarqués, ni vendus, ni exposés ou offerts en vente sont les suivants:

Poissons	Taille minimum pour les poissons entiers mesurés du bout du museau jusqu'à l'extrémité de la nageoire caudale	Cm.
Morue, cabillaud ( <i>Gadus callarias</i> ) . . . . .		30
Eglefin ( <i>Gadus aeglefinus</i> ) . . . . .		27
Merlu ( <i>Merluccius merluccius</i> ) . . . . .		30
Plie ( <i>Pleuronectes platessa</i> ) . . . . .		25
Plie cynoglosse ( <i>Glyptocephalus cynoglossus</i> ) . . . . .		28
Limande-sole ( <i>Microstomus kitt</i> ) . . . . .		25
Sole ( <i>Solea solea</i> ) . . . . .		24
Turbot ( <i>Scophthalmus maximus</i> ) . . . . .		30
Barbue ( <i>Scophthalmus rhombus</i> ) . . . . .		30
Cardine ( <i>Lepidorhombus whiff</i> ) . . . . .		25
Merlan ( <i>Gadus merlangus</i> ) . . . . .		20
Limande ( <i>Pleuronectes limanda</i> ) . . . . .		20

## ANHANG II

Die Fische, auf die Artikel 6, 8 und 9 dieser Konvention Anwendung finden, und die Größen, unter denen derartige Fische nicht an Bord zurückbehalten, angelandet, verkauft, feilgehalten oder zum Verkauf angeboten werden dürfen, sind die folgenden:

Fischart	Mindestgrößen für den ganzen Fisch gemessen von der Maulspitze bis zum äußersten Ende der Schwanzspitze	cm
Dorsch ( <i>Gadus callarias</i> ) . . . . .		30
Schellfisch ( <i>Gadus aeglefinus</i> ) . . . . .		27
Seehecht ( <i>Merluccius merluccius</i> ) . . . . .		30
Scholle ( <i>Pleuronectes platessa</i> ) . . . . .		25
Rotzunge ( <i>Glyptocephalus cynoglossus</i> ) . . . . .		28
Echte Rotzunge ( <i>Microstomus kitt</i> ) . . . . .		25
Zunge ( <i>Solea solea</i> ) . . . . .		24
Steinbutt ( <i>Scophthalmus maximus</i> ) . . . . .		30
Glattbutt ( <i>Scophthalmus laevis</i> ) . . . . .		30
Migram, Scheefsnut ( <i>Lepidorhombus whiff</i> ) . . . . .		25
Wittling ( <i>Gadus merlangus</i> ) . . . . .		20
Kliesche, Scharbe ( <i>Pleuronectes limanda</i> ) . . . . .		20

## ANNEX III

In the fisheries set out in Article 6 of this Convention, 10 per cent. by weight of each total landing or part thereof which is not intended for human consumption in the form of fish, may consist of undersized fish of the species set out in Annex II to this Convention.

## ANNEXE III

Dans les pêcheries désignées à l'Article 6 de la présente Convention, 10 pour cent en poids de chaque prise totale ou partie de celle-ci non destinée à la consommation humaine sous forme de poisson peuvent se composer de poissons de taille non réglementaire des espèces désignées à l'Annexe II de cette Convention.

## ANHANG III

Bei der in Artikel 6 dieser Konvention beschriebenen Fischerei können 10 v. H. des Gewichts jedes Gesamtfangs oder eines Teiles davon, der nicht zum menschlichen Verbrauch in Form von Fisch bestimmt ist, in untermaßigen Fischen der in Anhang II zu dieser Konvention beschriebenen Arten bestehen.

**Bekanntmachung der Vereinbarung  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Bundesregierung der Republik Österreich  
zur weiteren Vereinfachung des rechtlichen Verkehrs  
nach dem Haager Übereinkommen vom 1. März 1954.**

**Vom 18. Dezember 1959.**

In Wien ist am 6. Juni 1959 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesregierung der Republik Österreich zur weiteren Vereinfachung des rechtlichen Verkehrs nach dem Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 unterzeichnet worden.

Auf Grund des Artikels 11 ist in Bonn durch Notenwechsel vom 4./11. Dezember 1959 vereinbart worden, daß diese Vereinbarung

am 1. Januar 1960

in Kraft tritt.

Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 18. Dezember 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung  
Knappstein

**Vereinbarung  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Bundesregierung der Republik Österreich  
zur weiteren Vereinfachung des rechtlichen Verkehrs  
nach dem Haager Übereinkommen vom 1. März 1954**

DIE REGIERUNG  
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
und

DIE BUNDESREGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH

haben zur weiteren Vereinfachung des rechtlichen Verkehrs nach dem Haager Übereinkommen über den Zivilprozeß (Haager Übereinkommen, betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen) vom 1. März 1954 — in dieser Vereinbarung Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 genannt — folgendes vereinbart:

**Zustellung von Schriftstücken**

**Artikel 1**

(1) In Zivil- und Handelssachen werden die Zustellungsanträge (die Ersuchen um Zustellung) im unmittelbaren Verkehr der beiderseitigen Behörden übersandt.

(2) Für die Entgegennahme von Ersuchen um Zustellung (Zustellungsanträgen) ist das Amtsgericht (das Bezirksgericht) zuständig, in dessen Bezirk die Zustellung bewirkt werden soll.

(3) Ist die ersuchte Behörde nicht zuständig, so hat sie den Zustellungsantrag (das Ersuchen um Zustellung) von Amts wegen an die zuständige Behörde abzugeben und die ersuchende Behörde von der Abgabe unverzüglich zu benachrichtigen.

**Artikel 2**

Die ersuchte Behörde hat die Zustellung in der durch ihre innere Gesetzgebung für gleichartige Zustellungen vorgeschriebenen Form zu bewirken. Auf Wunsch der ersuchenden Behörde hat sie die Zustellung in einer besonderen Form durchzuführen, sofern diese ihrer Gesetzgebung nicht zuwiderläuft.

**Artikel 3**

Die beiden Staaten verzichten gegenseitig auf die Erstattung von Auslagen, die bei einer Zustellung entstanden sind.

**Rechtshilfeersuchen**

**Artikel 4**

In Zivil- und Handelssachen werden die Rechtshilfeersuchen im unmittelbaren Verkehr der beiderseitigen Behörden übersandt. Artikel 1 Absatz 2 und 3 gilt entsprechend.

**Artikel 5**

(1) Die beiden Staaten verzichten gegenseitig auf die Erstattung von Auslagen, die bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens entstanden sind; dies gilt auch für die Beträge, die an Sachverständige gezahlt worden sind.

(2) Die ersuchte Behörde hat die ihr erwachsenen Auslagen der ersuchenden Behörde mitzuteilen.

**Artikel 6**

Jeder Staat kann Rechtshilfeersuchen, auf Grund deren eigene Staatsangehörige vernommen oder zur Vorlegung von Urkunden angehalten werden sollen, von seinen diplomatischen oder konsularischen Vertretern unmittelbar ohne Anwendung von Zwang ausführen lassen. Die Staatsangehörigkeit der Person, auf die sich das Ersuchen bezieht, wird nach dem Rechte des Staates beurteilt, in dem das Rechtshilfeersuchen durchgeführt werden soll.

**Vollstreckung von Kostenentscheidungen****Artikel 7**

Der Antrag, eine Entscheidung über die Prozeßkosten nach den Artikeln 18 und 19 des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 für vollstreckbar zu erklären (auf Grund einer Entscheidung über die Prozeßkosten nach den Artikeln 18 und 19 des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 die Exekution zu bewilligen), kann von dem Berechtigten bei dem zuständigen Gericht unmittelbar gestellt werden.

**Artikel 8**

Die Bescheinigung der zuständigen Behörde, daß die Kostenentscheidung die Rechtskraft erlangt hat, bedarf keiner Bestätigung der höchsten Justizverwaltungsbehörde nach Artikel 19 Absatz 3 Satz 2 des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954.

**Armenrecht****Artikel 9**

Anträge auf Bewilligung des Armenrechtes, die gemäß Artikel 23 des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954

gestellt werden, können auch im unmittelbaren Verkehr der beiderseitigen Behörden übersandt werden. Artikel 1 Absatz 2 und 3 gilt entsprechend.

**Schlußbestimmungen****Artikel 10**

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Bundesregierung der Republik Österreich innerhalb von drei Monaten nach dem Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

**Artikel 11**

Der Tag, an dem diese Vereinbarung in Kraft tritt, wird durch Notenwechsel vereinbart werden, sobald die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten vorliegen.

**Artikel 12**

Jede der beiden Regierungen kann die Vereinbarung kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, an dem sie der anderen Regierung notifiziert wurde.

GESCHEHEN zu Wien, am 6. Juni 1959, in zwei Urschriften.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:	Für die Bundesregierung der Republik Österreich:
Mueller-Graaf	Leopold Figl
Fritz Schäffer	Dr. Otto Tschadek

**Bekanntmachung der Vereinbarung  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Belgischen Regierung  
zur weiteren Vereinfachung des Rechtsverkehrs nach dem Haager Übereinkommen vom  
1. März 1954 über den Zivilprozeß.**

**Vom 23. Dezember 1959.**

In Brüssel ist am 25. April 1959 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Belgischen Regierung zur weiteren Vereinfachung des Rechtsverkehrs nach dem Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 über den Zivilprozeß unterzeichnet worden.

Auf Grund des Artikels 17 ist in Brüssel durch Notenwechsel vom 14./23. Dezember 1959 vereinbart worden, daß diese Vereinbarung

am 1. Januar 1960

in Kraft tritt.

Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. Dezember 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung  
Knappstein



**Vereinbarung**  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Belgischen Regierung  
zur weiteren Vereinfachung des Rechtsverkehrs nach dem Haager Übereinkommen  
vom 1. März 1954 über den Zivilprozeß

**Accord**  
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne  
et le Gouvernement belge  
en vue de faciliter l'application de la Convention de La Haye  
du 1<sup>er</sup> mars 1954 relative à la procédure civile

DIE REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND  
und  
DIE BELGISCHE REGIERUNG,

LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE  
D'ALLEMAGNE  
et  
LE GOUVERNEMENT BELGE,

von dem Wunsche geleitet, im Rechtsverkehr zwischen den beiden Staaten die Anwendung gewisser Bestimmungen des Haager Übereinkommens über den Zivilprozeß vom 1. März 1954, dem die Bundesrepublik Deutschland und Belgien als Vertragstaaten angehören, zu erleichtern,

haben gemäß den Möglichkeiten, die in dem Übereinkommen vorgesehen sind, folgendes vereinbart:

désirant, dans les rapports réciproques entre les deux pays, faciliter l'application de certaines dispositions de la Convention de La Haye du 1<sup>er</sup> mars 1954 relative à la procédure civile, à laquelle la République fédérale d'Allemagne et la Belgique sont parties,

sont convenus, conformément aux facultés prévues par ladite Convention, de ce qui suit:

**Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher  
Schriftstücke**

**Artikel 1**

(1) In Zivil- und Handelssachen werden gerichtliche und außergerichtliche Schriftstücke, die von einem der beiden Staaten ausgehen, im unmittelbaren Verkehr übersandt, und zwar,

1. wenn sie für Personen in der Bundesrepublik Deutschland bestimmt sind, von den Procureurs généraux oder von den Procureurs du Roi an den Präsidenten des Landgerichts oder Amtsgerichts, in dessen Bezirk sich der Empfänger aufhält,

2. wenn die Zustellung an Personen in Belgien bewirkt werden soll, von den zuständigen deutschen Justizbehörden an den Procureur du Roi, in dessen Zuständigkeitsbereich sich der Empfänger aufhält.

(2) Die genannten Behörden bedienen sich für die Zustellungsanträge nach Artikel 1 Absatz 1 des Haager Übereinkommens und bei dem weiteren Schriftwechsel ihrer Landessprache.

**Artikel 2**

Ist die Behörde, der das Schriftstück übersandt worden ist, nicht zuständig, so gibt sie es von Amts wegen an die zuständige Behörde ab und benachrichtigt hiervon unverzüglich die ersuchende Behörde.

**Communication des actes judiciaires et  
extrajudiciaires**

**Article 1<sup>er</sup>**

1. Les actes judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale dressés dans l'un des deux États seront:

1<sup>o</sup>) lorsqu'ils sont destinés à des personnes résidant sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, transmis directement par les procureurs généraux ou par les procureurs du Roi au président du Tribunal de première instance (Landgericht ou Amtsgericht) dans le ressort duquel se trouve le destinataire,

2<sup>o</sup>) lorsqu'ils doivent être notifiés à des personnes résidant sur le territoire belge, transmis directement par les autorités judiciaires allemandes compétentes au procureur du Roi dans le ressort duquel se trouve le destinataire.

2. Ces autorités utiliseront leur propre langue nationale tant pour les demandes contenant les indications prévues à l'article 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, de la Convention de La Haye que pour leurs correspondances ultérieures.

**Article 2**

En cas d'incompétence de l'autorité à laquelle un acte a été envoyé, cette autorité le fera parvenir d'office à l'autorité compétente et en informera immédiatement l'autorité requérante.

## Artikel 3

(1) Die Zustellung durch einfache Übergabe und die förmliche Zustellung von Schriftstücken wird gemäß den Artikeln 2, 3, 4 und 5 des Haager Übereinkommens ausgeführt.

(2) Hat die ersuchende Behörde nicht, wie in Artikel 3 Absatz 2 des Haager Übereinkommens vorgesehen, den Wunsch ausgesprochen, das Schriftstück in der Form zuzustellen, die nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der ersuchten Behörde für die Bewirkung gleichartiger Zustellungen vorgeschrieben ist, und kann eine Zustellung nicht durch einfache Übergabe nach Artikel 2 des Haager Übereinkommens bewirkt werden, so sendet die ersuchte Behörde das Schriftstück unverzüglich der ersuchenden Behörde zurück und teilt ihr die Gründe mit, aus denen die einfache Übergabe nicht möglich war.

(3) Hat die ersuchende Behörde ihrem Antrag, ein Schriftstück in der Form, die nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der ersuchten Behörde für die Bewirkung gleichartiger Zustellungen vorgeschrieben ist, oder in einer besonderen Form zuzustellen, eine Übersetzung des Schriftstücks nicht beigelegt, so wird diese von der ersuchten Behörde auf Kosten der ersuchenden beschafft.

(4) Die beiden Staaten verzichten gegenseitig auf die Erstattung von Auslagen, die in den Fällen des Artikels 3 des Haager Übereinkommens dadurch entstanden sind, daß bei der Zustellung ein Gerichtsbeamter mitgewirkt hat oder daß bei ihr eine besondere Form beachtet worden ist.

## Rechtshilfeersuchen

## Artikel 4

(1) Rechtshilfeersuchen werden im unmittelbaren Verkehr zwischen den Landesjustizverwaltungen in der Bundesrepublik Deutschland und dem belgischen Justizministerium übersandt.

(2) In Eilfällen können die Gerichtsbehörden des ersuchenden Staates die Rechtshilfeersuchen den Gerichtsbehörden des ersuchten Staates unmittelbar übersenden. Diese Rechtshilfeersuchen und die Erledigungsstücke sind auf dem in Absatz (1) genannten Weg zurückzusenden.

(3) Die Justizministerien und die Gerichtsbehörden bedienen sich im Geschäftsverkehr ihrer Landessprache.

## Artikel 5

Die Rechtshilfeersuchen werden in der Sprache der ersuchenden Behörde abgefaßt; etwa entstehende Übersetzungskosten werden nicht erstattet.

## Artikel 6

(1) Die beiden Staaten verzichten gegenseitig auf die Erstattung der Auslagen, die bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens entstehen; der Betrag dieser Auslagen ist jedoch der ersuchenden Behörde mitzuteilen.

(2) Absatz (1) gilt jedoch nicht für die Entschädigungen, die an Sachverständige gezahlt worden sind; diese Auslagen sind zu erstatten.

## Artikel 7

(1) Jeder Staat kann Rechtshilfeersuchen, auf Grund deren eigene Staatsangehörige vernommen oder zur Vorlegung von Urkunden angehalten werden sollen, von seinen diplomatischen oder konsularischen Vertretern unmittelbar und ohne Anwendung von Zwang ausführen lassen. Die Staatsangehörigkeit der Person, auf die sich

## Article 3

1. Les remises et significations d'actes s'effectueront conformément aux dispositions des articles 2, 3, 4 et 5 de la Convention de La Haye.

2. Toutefois, dans le cas de l'article 3. 2<sup>e</sup> alinéa, de ladite Convention de La Haye, si le désir n'a pas été exprimé de faire signifier l'acte dans la forme prescrite par la législation intérieure de l'autorité requise pour l'exécution de significations analogues et si l'acte n'a pu être notifié par la voie indiquée à l'article 2 de la Convention de La Haye, l'autorité requise renverra immédiatement celui-ci à l'autorité requérante en indiquant le motif pour lequel la remise n'a pu avoir lieu.

3. S'il est demandé de signifier un acte dans la forme prescrite par la législation intérieure de l'autorité requise pour l'exécution de significations analogues ou dans une forme spéciale et que l'acte n'est pas accompagné d'une traduction, celle-ci sera effectuée par l'autorité requise aux frais de l'autorité requérante.

4. Les deux États renoncent réciproquement au remboursement des frais occasionnés par l'intervention d'un officier ministériel ou par l'emploi d'une forme spéciale dans les cas de l'article 3 de ladite Convention de La Haye.

## Commissions rogatoires

## Article 4

1. Les commissions rogatoires feront l'objet de communications directes entre le Ministère belge de la Justice et les Ministères de la Justice des Länder de la République fédérale d'Allemagne.

2. En cas d'urgence, les commissions rogatoires pourront être adressées directement par les autorités judiciaires de la Partie requérante aux autorités judiciaires de la Partie requise. Ces commissions rogatoires et les pièces relatives à leur exécution, seront renvoyées par la voie prévue au paragraphe précédent.

3. Dans leurs relations, les Ministères de la Justice et les autorités judiciaires utiliseront leur propre langue nationale.

## Article 5

Les commissions rogatoires seront rédigées dans la langue de l'autorité requérante; les frais éventuels de traduction ne donneront pas lieu à remboursement.

## Article 6

1. Les deux États renoncent réciproquement au remboursement des frais occasionnés par l'exécution des commissions rogatoires; le montant de ces frais sera néanmoins communiqué à l'autorité requérante.

2. Il est toutefois fait exception des frais d'expertise, lesquels donneront lieu à remboursement.

## Article 7

1. Chacun des États a la faculté de faire exécuter directement et sans contrainte, par ses agents diplomatiques ou consulaires, les commissions rogatoires tendant à l'audition de ses ressortissants ou à la production de documents par ces derniers. En cas de conflit de législation, la nationalité de la personne à en-

das Ersuchen bezieht, wird nach dem Recht des Staates beurteilt, in dem das Rechtshilfeersuchen ausgeführt werden soll.

(2) In der Ladung ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß bei der Ausführung des Rechtshilfeersuchens kein Zwang angewendet wird.

#### Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten

##### Artikel 8

(1) Der Antrag, eine Entscheidung über die Prozeßkosten nach den Artikeln 18 und 19 des Haager Übereinkommens für vollstreckbar zu erklären, kann von dem Berechtigten selbst bei dem zuständigen Gericht unmittelbar gestellt werden.

(2) Das gleiche gilt für gerichtliche Entscheidungen, durch die der Betrag der Kosten des Prozesses später festgesetzt wird.

##### Artikel 9

(1) Den Erfordernissen des Artikels 19 Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 3 des Haager Übereinkommens wird auf folgende Weise genügt:

1. den belgischen Entscheidungen werden beigelegt
  - a) eine Urkunde, aus der hervorgeht, daß die Entscheidung der Partei zugestellt worden ist, gegen welche die Zwangsvollstreckung betrieben werden soll,
  - b) eine Bescheinigung darüber, daß die Entscheidung nicht durch Einspruch (opposition) oder Berufung (appel) angefochten ist;
 die Urkunde und die Bescheinigung bilden die Erklärung, daß die Entscheidung die Rechtskraft erlangt hat;
2. den deutschen Entscheidungen wird ein von dem zuständigen Gericht ausgestelltes Zeugnis der Rechtskraft beigelegt.

(2) Zum Nachweis der Zuständigkeit der Behörden, welche die in Absatz (1) Nummer 1 Buchstaben a) und b) und Nummer 2 vorgesehenen Urkunden ausstellen, bedarf es keiner Bescheinigung der vorgesetzten Behörde.

##### Artikel 10

Die in Artikel 19 Absatz 2 Nummer 3 des Haager Übereinkommens vorgesehene Übersetzung kann auch von einem vereidigten Übersetzer des Staates beglaubigt werden, in dem die Entscheidung ergangen ist.

#### Armenrecht

##### Artikel 11

Anträge auf Bewilligung des Armenrechts, die gemäß Artikel 23 des Haager Übereinkommens gestellt werden, können übersandt werden,

1. wenn sie von Belgien ausgehen, von dem diplomatischen oder konsularischen Vertreter Belgiens an das zuständige deutsche Gericht,
2. wenn sie von der Bundesrepublik Deutschland ausgehen, von dem deutschen diplomatischen oder konsularischen Vertreter oder von dem Landgerichts- oder Amtsgerichtspräsidenten an den zuständigen Procureur du Roi.

##### Artikel 12

Die Urkunden, die einem Antrag auf Bewilligung des Armenrechts beigelegt werden, können in der Sprache der ersuchenden Behörde abgefaßt werden; etwa entstehende Übersetzungskosten werden nicht erstattet.

tendre sera déterminée par la loi de l'État où la commission rogatoire doit être exécutée.

2. Toute convocation mentionnera expressément que la procédure a lieu sans contrainte.

#### Caution judicatum solvi

##### Article 8

1. Les demandes d'exequatur des condamnations aux frais et dépens du procès prévues aux articles 18 et 19 de la Convention de La Haye, pourront être adressées directement par la partie intéressée à l'autorité judiciaire compétente.

2. Il en sera de même quant aux décisions judiciaires par lesquelles le montant des frais du procès a été fixé ultérieurement.

##### Article 9

1. Pour satisfaire aux conditions prescrites par l'alinéa 2, 2<sup>o</sup> et par l'alinéa 3 de l'article 19 de la Convention de La Haye:

- 1<sup>o</sup>) les décisions belges seront accompagnées:
  - a) d'un document dont il résulte que la décision a été signifiée à la partie contre laquelle l'exécution est poursuivie,
  - b) d'une attestation établissant que la décision n'est frappée ni d'opposition ni d'appel,

lesquels document et attestation constitueront la déclaration établissant que la décision est passée en force de chose jugée;

- 2<sup>o</sup>) les décisions allemandes seront accompagnées d'une attestation délivrée par le tribunal compétent établissant que la décision est passée en force de chose jugée.

2. La compétence des autorités qui auront délivré les documents prévus au paragraphe 1, 1<sup>o</sup>, a) et b) et 2<sup>o</sup> ci-dessus ne devra pas être certifié par une autorité supérieure.

##### Article 10

La traduction prévue à l'article 19, 2<sup>e</sup> alinéa, 3<sup>o</sup>, de la Convention de La Haye pourra également être certifiée conforme par un traducteur juré de l'État d'où émane la décision à exequaturer.

#### Assistance judiciaire gratuite

##### Article 11

Les demandes d'assistance judiciaire gratuite prévues à l'article 23 de la Convention de La Haye pourront être transmises:

- 1<sup>o</sup>) pour les demandes émanant de la Belgique, par l'agent diplomatique ou consulaire belge à la juridiction allemande compétente,
- 2<sup>o</sup>) pour les demandes émanant de la République fédérale d'Allemagne, soit par l'agent diplomatique ou consulaire allemand, soit par le président du Landgericht ou de l'Amtsgericht au procureur du Roi compétent.

##### Article 12

Les documents produits à l'appui d'une demande d'assistance judiciaire gratuite pourront être rédigés dans la langue de l'autorité requérante et les frais éventuels de traduction ne donneront pas lieu à remboursement.

## Artikel 13

Die zuständigen Behörden des Staates, in dem das Armenrecht beantragt wird, können sich wegen einer Auskunft über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Antragstellers unmittelbar an die zuständigen Behörden des anderen Staates wenden.

## Schlußbestimmungen

## Artikel 14

Im Verhältnis der beiden Staaten zueinander gilt das Haager Übereinkommen über den Zivilprozeß vom 1. März 1954 nach Maßgabe dieser Vereinbarung.

## Artikel 15

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Belgischen Regierung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

## Artikel 16

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung dieser Vereinbarung werden auf diplomatischem Wege geregelt.

## Artikel 17

Der Tag, an dem diese Vereinbarung in Kraft tritt, wird durch Notenaustausch vereinbart werden, sobald die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten vorliegen.

GESCHEHEN zu Brüssel am 25. April 1959 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der  
Bundesrepublik Deutschland:  
C. F. Ophüls  
Bülow

Für die Belgische Regierung:  
Wigny

## Article 13

Les autorités compétentes de l'État où l'assistance judiciaire gratuite est demandée pourront s'adresser directement aux autorités compétentes de l'autre État pour obtenir des renseignements sur la situation de fortune du requérant.

## DISPOSITIONS FINALES

## Article 14

La Convention de la Haye du 1<sup>er</sup> mars 1954 relative à la procédure civile continuera, en tant que le présent Accord n'y déroge pas, à régler les rapports des deux États sur les matières au sujet desquelles elle dispose.

## Article 15

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement belge dans un délai de trois mois à partir de la date de l'entrée en vigueur de cet Accord.

## Article 16

Tout différend relatif à l'interprétation du présent Accord sera réglé par la voie diplomatique.

## Article 17

La date d'entrée en vigueur du présent Accord sera fixée par un échange de notes entre les deux Gouvernements aussitôt qu'il aura été satisfait aux formalités requises dans chacun des deux États.

FAIT à Bruxelles, le 25 avril 1959, en double original, en langues française et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement belge:  
Wigny

Pour le Gouvernement de la  
République fédérale d'Allemagne:  
C. F. Ophüls  
Bülow